

al-Arqam verboten, Führer nach ISA verhaftet

Am 2.9.94 wurde Ashaari Muhammad, Führer der islamischen Gruppierung al-Arqam, zusammen mit acht seiner Anhänger von der thailändischen Polizei in Südthailand festgenommen und an die malaysische *Special Branch* (Spezialeinheit der Polizei) ausgeliefert. In Malaysia wurden sie nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) inhaftiert. Das war der Höhepunkt einer groß angelegten Kampagne der Regierung gegen diese Bewegung. Über 900 Anhänger wurden seit dem Frühsommer des Jahres befragt, verhört oder in einigen Fällen wegen verschiedenster Vergehen angeklagt. Am 6.8.94 erklärte der Islamische Rat (National Fatawa Council) die Lehren der Bewegung für "Abweichungen", und am 26.8. verbot die Regierung offiziell die Bewegung.

Inzwischen wird die Notwendigkeit und der Zeitpunkt des scharfen Vorgehens durch die Regierung in Frage gestellt, nachdem Ashaari und die anderen acht Verhafteten im nationalen Fernsehen ihre Verbrechen gestanden haben,

die Verführung ihrer Anhänger bereuten und bekundeten, ihre Bewegung dürfe nicht länger zugelassen werden.

al-Arqam ist eine islamische Strömung, die der Sufi-Lehre folgt und seit 1969 in Malaysia existiert. (vgl. Artikel in diesem Heft, S. 28) Sie behauptet, knapp 100.000 Anhänger im Land und mehrere zehntausend in anderen Teilen der Welt zu haben. In Malaysia hat sie 46 Siedlungen mit eigenen Schulen und medizinischer Versorgung gegründet. Sie war bei weitem die am stärksten etablierte der nicht-konformistischen islamischen Strömungen und wirtschaftlich überlebensfähig mit Unternehmen im Wert von M\$ 125 Mio. (DM 74 Mio.).

Beobachter sehen das Vorgehen der Regierung zu diesem Zeitpunkt als politisch und wirtschaftlich begründet an. Ashaari soll politische Ambitionen gezeigt und behauptet haben, er sei beliebter als Premierminister Mahathir. Insbesondere im Vorlauf zu den anstehenden Wahlen ist der Angriff auf malaisische muslimische Abweichler im Interes-

se der malaisischen Partei der Regierungskoalition, UMNO Baru, um ihren Anspruch geltend zu machen, die einzige Organisation zu sein, die wirklich die Interessen der Malaien vertritt. Es verhindert endgültig jegliche Möglichkeiten eines politischen Einflusses von al-Arqam. Gleichzeitig wurden die weitreichenden Geschäftsinteressen al-Arqams wie auch die der Sultane von ehrgeizigen malaisischen Geschäftsleuten, die mit UMNO Baru eng verbunden sind, gefährdet und die Gelegenheit, sie zu zerschlagen, nicht bedauert.

Für einheimische und internationale Menschenrechtsorganisationen ist die Anwendung des ISA zur Festsetzung der Führer nicht vertretbar. SUARAM, eine malaysische Menschenrechtsorganisation, erklärte: "Man ist beunruhigt über die weitverbreiteten Schikanen, Einschüchterungen, Demütigungen und Verfolgungen von Mitgliedern al-Arqams. (...) Es handelt sich eindeutig um eine Verletzung wesentlicher Standards, Prinzipien und Arti-

kel der Bundesverfassung, der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und des Malaysischen Menschenrechtszentrum. (...) Die Anwendung des ISA bringt wieder einmal das ernsthafte Problem von Menschenrechtsverletzungen, welche durch dieses Gesetz legitimiert werden, auf die Tagesordnung. Die unmenschlichen Haftbedingungen, die hohe Wahrscheinlichkeit physischer und psychischer Folterungen und die Isolationshaft können nicht gerechtfertigt werden." Amnesty International hat die neun Gefangenen adoptiert.

Laut SUARAM waren am 19.10.94 27 Menschen nach ISA, 200 nach der "Emergency Ordinance (Public Order and Prevention of Crime) 1969" und 3.888 nach dem Rauschgiftgesetz in Haft. All diese Gesetze erlauben eine willkürliche und unbegrenzte Inhaftierung ohne ordentliches Gerichtsverfahren.

vgl. SUARAM Presseerklärung 25.10.94; FEER 15.9.94; div. Bemama Berichte; ALIR Vol. 14, No. 8, 1994

Smog durch Luftverschmutzung und Waldbrände

Der Smog, der sich immer wieder an der Westküste der Malaisischen Halbinsel und Singapur bildet, war im August/September dieses Jahres so schlimm wie nie zuvor. Die Skyline von Kuala Lumpur war im September laut FEER "eine surrealer Schatten unter der verhüllten Sonne". Die Sichtweite bei Sah Alam betrug mittags nur noch 400 Meter, und die Luftbelastung mit Schadstoffen erreicht ihren bisherigen Höhepunkt und wurde von der Umweltbehörde als "gefährlich" eingestuft. Man ist nicht nur besorgt über mögliche Gesundheitsschäden der Bevölkerung, insbesondere bei Kindern, sondern auch über die Auswirkungen auf die Produktivität der Industrie und die landwirtschaftliche Produktion. In Singapur wurden Ende September eine Luftverschmutzungsgrad von 146 gemessen - 100 werden bereits als riskant eingestuft - und die Überschrift eines Kommentars in der singa-

pureanischen Tageszeitung *Straits Times* lautete: "Gebt uns unseren Tag zurück!".

Nach einer Studie der Universität Pertanian Malaysia wird der Smog zu 30 % durch einheimische Bedingungen (Autoabgase, Industrie und Müllverbrennung) und zu 70 % durch die Waldbrände in Indonesien erzeugt. Letztere hatten eine Reihe diplomatischer Aktivitäten zur Folge, um eine Lösung für das anhaltende Problem zu finden. Die Gründe für die Feuer sind u. a. Brandrodung, Rodungen von Staatsland, illegale Abholzungen und lang anhaltende Brände von Kohleflößen. Die malaysische und singapureanische Regierung haben einen ASEAN-Feuerbekämpfungsdienst vorgeschlagen und um internationale Hilfe gebeten. Dabei haben sie sich auf die Rio-Erklärung der UNCED-Konferenz berufen.

vgl. FEER 10.10.94

Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern

Die bekannten Gewerkschaftsführer V. David und Zainal Rampak sind wegen Veruntreuung angeklagt worden. V. David ist auch Parlamentsabgeordneter für die oppositionelle Democratic Action Party (DAP) für den Wahlkreis Puchong. Beide sollen Gelder der Transportarbeitergewerkschaft veruntreut haben, deren Vorsitzender Zainal und deren Generalsekretär David waren. Das Gerichtsverfahren wird im nächsten Jahr stattfinden.

vgl. NST 27.10.94

AIDS

Nach Angaben des Gesundheitsministers Lim Kee Sai waren 10.048 Menschen zum Stichtag 30.9. in Malaysia mit HIV infiziert, wobei sich in 115 Fälle AIDS entwickelte und 79 Menschen daran gestorben sind. Bei 80 % der Betroffenen sind die Infektionen auf Drogengebrauch zurückzuführen.

vgl. NST 27.10.94

Malaysische UN-Truppen in Bosnien und Somalia

Die Regierung hat ihren Einsatz für die Friedensbemühungen in Bosnien bekräftigt und bemängelt den anhaltenden Mißerfolg der westlichen Länder, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Sie erklärte, sie würde ihre 1.500 Mann starke UN-Truppe in Bosnien stationiert lassen, selbst wenn die UN sich zurückziehen sollte, um zu versuchen, einen Genozid der muslimischen Bosnier durch die Serben zu verhindern. Malaysia bemüht sich, Bosnien und Kroatien durch die Unterzeichnung eines trilateralen Handelsabkommens nach dem Besuch der beiden Handelsminister in Malaysia zu unterstützen.

Auf der anderen Seite bezeichnet der Verteidigungsminister Najib Tun Razak die Anwesenheit von 1.100 malaysischen Soldaten als Teil der UN-Friedenstruppe in Somalia als sinnlos.

vgl. div. Bemama Berichte

Wirtschaftsentwicklung und Wahlen

Der anhaltende Auftrieb der malaysischen Wirtschaft erlaubt es der amtierenden Regierung, sich eines überwältigenden Sieges bei den nächsten Wahlen sicher zu sein. Obgleich die Wahlen nicht vor Oktober 1995 abgehalten werden müßten, gibt es starke Anzeichen, daß sie früher stattfinden werden. Die Anzeichen werden verstärkt durch den wählerfreundlichen Staatshaushalt, den der Finanzminister Anwar Ibrahim im November einbrachte, die endgültige Besitznahme des Vermögens der alten UMNO durch UMNO Baru und die Tatsache, daß die Listen von UMNO-Baru-Kandidaten für die Wahlen zum Bundesparlament und zu den Landesparlamenten bereits vollständig vorliegen.

Die gerichtliche Freigabe des Vermögens der alten UMNO, die 1988 als illegal erklärt worden war, zu Gunsten der UMNO-Baru hat ihr eine verstärkte finanzielle Basis für den Wahlkampf gegeben. Vor dieser Gerichtsentscheidung hatte die Partei erhebliche Schulden und bereits geplant, sie durch den Verkauf von Immobilien zu begleichen. Sechs Jahre hatte der Gerichtsstreit um das Parteivermögen gedauert. Semangat 46, der kleineren Komponente der alten UMNO, ist jeder Anspruch abgesprochen worden.

Für die Wirtschaft wird ein Wachstum von 8,4 % für 1994 vorausgesagt, fast das gleiche Ergebnis wie im Vorjahr. Obgleich es noch einige Probleme wie den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und enttäuschende Produktionsergebnisse im landwirtschaftlichen Bereich gibt, sind die Wirtschaftsgutachter optimistisch. Der Haushaltsplan sieht die Kürzung von Unternehmens- und individuellen Steuern, die Senkung der Zölle auf 2.600 Produkte und die Streichung der Einkommensteuern für die ärmsten 30 % der Bevölkerung vor. Er prognostiziert einen Haushaltsüberschuß von mindestens M\$ 637 Mio. ohne eine einzige Steuererhöhung.

Nach acht Jahren anhaltenden Wirtschaftswachstums fehle es nach Einschätzungen von Beobachtern den Oppositionsparteien an wichtigen

Streitfragen. Vorwürfe von Korruption und moralischem Verfall würden ihnen kaum Stimmen einbringen. Schwere Differenzen untereinander machten Wahlbündnisse mit gemeinsamen Grundlagen, wie bei den letzten Wahlen, unwahrscheinlich. Jede Partei wird für sich allein kämpfen. Zusätzlich untergraben die Neubestimmung der Wahlbezirke und die Entwicklungen in Sabah im Sommer (s. SOAL 2/94, S. 43) die Chancen der Opposition. Es werde wohl nur noch darum gehen, ob die PAS im Bundesstaat Kelantan ihre Macht und die Democratic Action Party (DAP) ihre 20 Sitze im Bundesparlament behalten könnten.

vgl. FEER 8.9., 10.11.94

Rücktritt wegen Korruption und Vorwurf des Kindesmißbrauchs

Am 8.9.94 nahm der Vorstand der malaiischen Regierungspartei UMNO Baru den Rücktritt von Abdul Rahim Thamby Chik von allen seinen Parteiämtern an. Damit wurde ein Höhepunkt in der lang andauernden öffentlichen Beschäftigung mit dem extravaganten und umstrittenen ehemaligen Ministerpräsidenten des Bundesstaates Malakka und Vorsitzenden der UMNO-Jugendorganisation erreicht, dessen Amtsführung von der Anti-Korruptions-Behörde untersucht wird und dem sexueller Mißbrauch eines minderjährigen Mädchens vorgeworfen wird.

Die Ereignisse, die zu seinem Rücktritt führten, haben viele verwundert. Obgleich die oppositionelle Democratic Action Party (DAP) bereits seit Jahren eine Untersuchung von Rahims finanziellen Verhältnissen forderte, wurde seine Position erst mit dem Vorwurf des sexuellen Kindesmißbrauchs unhaltbar. Dieser Vorwurf wurde in einer malaiischen Zeitung veröffentlicht, die dem stellvertretenden Premierminister Anwar Ibrahim nahestehen soll.

Der Generalstaatsanwalt gab jedoch bekannt, das gegen Rahim kein Verfahren wegen Mißbrauch eröffnet werden würde, es sei denn, es würden weitere Beweise erbracht. Er gab außerdem bekannt, daß das Mädchen mit mehreren Männern, Politiker



Wahlkampf bei der oppositionellen DAP

aus: ALIR 8/94, S. 1

eingeschlossen, intim verkehrt haben soll und empfahl, ein Verfahren nach dem (islamischen) Shariah-Gesetz wegen verbotenen sexuellen Beziehungen gegen sie einzuleiten. Das führte zu breiten öffentlichen Reaktionen. In einer Presseerklärung der islamischen Frauengruppe *Sisters in Islam* wird festgestellt: "Dieser Fall hat so viel Zweifel in der Öffentlichkeit aufkommen lassen, ob hier Gerechtigkeit waltet. (...) Viele scheinen zu vergessen, das die Minderjährige nicht das Objekt der Untersuchungen war. Sie war nicht die Missetäterin, sondern das mögliche Opfer von Unzucht."

Beobachter sehen in der Art der Behandlung dieses Falles eine indirekte Auseinandersetzung zwischen dem Premierminister Mahathir Mohamad und seinem Stellvertreter Anwar Ibrahim. Letzterer versucht seinen Einfluß auf die Partei zu verstärken. Rahim hat jedoch eine gewisse Unterstützung von Mahathir erhalten.

vgl. FEER 27.10.94; ALIR Vol 14, No. 9; Presseerklärung Sisters in Islam v. 26.10.94;

Bakun-Damm

Am 20.9.94 wurde mit dem Bau des Bakun-Staudamms begonnen, obwohl es für dieses Riesenprojekt bisher noch keine Umweltverträglichkeitsstudie gibt und die einheimischen, indigenen Völker und

die Öffentlichkeit bisher noch keine genaueren Informationen über die vorgesehene Konstruktion, die sozio-ökonomischen Auswirkungen und die Umweltfolgen erhalten haben. Die öffentliche Anteilnahme wird durch das Verbot von Veranstaltungen, die nicht von der Regierung gefördert sind, verhindert. Die meisten Informationen über das Projekt sind als geheim eingestuft und durch ein Gesetz "geschützt". (vgl. SOAL 3/94, S. 39f)

vgl. BP 19.9.94

südostasien länderreihe

herausgegeben von der
Südostasien Informationsstelle

band 1: Dez. 1993
Preis: DM 12,-

MALAYSIA
Ein Reader

140 Seiten mit 27 Artikeln, Berichten und Dokumentationen zur Geschichte, Menschenrechtssituation, Rechtsstaatlichkeit und über Probleme des Zusammenlebens der verschiedenen ethnischen Gruppen

Bezug:
Südostasien Informationsstelle,
Josephinenstr. 71, 44807 Bochum
Tel. 0234-502748; Fax -502790
Preise zzgl. Versandkosten